

sommeruniversität
Dokumentation
Sommeruniversität
2015

gute gesellschaft –
soziale demokratie
#2017 plus

FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG

Inhalt

15. Sommeruniversität der FES	
„Deutschland, Europa und die Welt – Stresstest für die offene Gesellschaft“	3
Olaf Scholz, erster Bürgermeister der Freien Hansestadt Hamburg	
„Deutschland, Europa und die offene Gesellschaft“	4
Diskussionsergebnisse	
Sieben Workshops, sieben Thesen	6
Diskussion mit Kurt Beck, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Dr. Uwe Optenhögel, Johanna Ueckermann und Dr. Werner A. Perger	
„Europa – Perspektiven für die Soziale Demokratie“	8
Dr. Ralf Stegner, stellvertretender SPD-Vorsitzender	
„Wir brauchen Vielfalt und nicht Einfalt“	12
Prof. Frank Decker, Yasmin Fahimi, Prof. Dr. Dr. h. c. Gesine Schwan und Thorsten Schäfer-Gümbel	
Im O-Ton	16
Dr. Christian Krell, Leiter der Akademie für Soziale Demokratie	
„Es kommt auf Europa an“	18



„Deutschland, Europa und die Welt – Stresstest für die offene Gesellschaft“

Die Sommeruniversität der Friedrich-Ebert-Stiftung bringt seit 2001 Studierende und junge politisch Engagierte ins Gespräch mit herausragenden Wissenschaftler_innen und Spitzenpolitiker_innen. In zwangloser Atmosphäre werden die zentralen Herausforderungen der Zeit diskutiert und praxisnahe Lösungen entwickelt. Seit 2013 wird die Sommeruniversität durch die Politische Akademie/Akademie für Soziale Demokratie geplant und durchgeführt. In diesem Jahr ist die Sommeruniversität eingebettet in das Projekt „Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie #2017plus“. Die Friedrich-Ebert-Stiftung will damit einen Beitrag dazu leisten, an welchen Werten und Vorstellungen wir uns für die Verwirklichung einer guten Gesellschaft orientieren müssen.

Vom 5. bis 10. Juli 2015 diskutierten in Potsdam-Hermannswerder etwa 100 politisch engagierte Studierende, Nachwuchswissenschaftler_innen sowie junge Mitarbeiter_innen aus Parteien und Fraktionen mit rund 40 herausragenden Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik. Erstmals eingeladen waren in diesem Jahr auch progressive Nachwuchskräfte aus dem Ausland.

Thema der Sommeruniversität 2015: „Deutschland, Europa und die Welt – Stresstest für die offene Gesellschaft“. Die neue Qualität weltumspannender Probleme wie die Wirtschafts-, Finanzmarkt- und sogenannte Schuldenkrise, wachsende soziale Ungleichheit, religiöser Fundamentalismus sowie Krieg und Flucht stellen das demokratische Selbstverständnis der offenen Gesellschaft in Deutschland und Europa zunehmend auf die Probe. Politische und soziale Ziele können längst nicht mehr alleine im nationalen Rahmen gedacht und verfolgt werden, und insbesondere das neue politische und ökonomische Gewicht Deutschlands stellt die Soziale Demokratie vor die Herausforderung, die richtige Balance zwischen europäischer beziehungsweise internationaler Solidarität und nationalen Interessen zu finden. Gleichzeitig bietet das sinkende Vertrauen in etablierte Parteien und demokratische Verfahren den Nährboden, um Populismus und Extremismus in Politik und Öffentlichkeit wieder erstarken zu lassen. Eine moderne Sozialdemokratie muss die Voraussetzungen für die

offene Gesellschaft neu diskutieren und passende Antworten für die demokratische und soziale Gestaltung nationaler, europäischer und globaler Politik ausloten.

Einen Schwerpunkt legte die Sommeruniversität 2015 auf folgende Fragen: Welcher Kompass ergibt sich aus den Grundwerten der Sozialen Demokratie – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – für die Gestaltung nationaler, europäischer und globaler Politik? Welche Themen muss die Soziale Demokratie setzen? Und wie müssen sich ihre Akteure darin positionieren, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie das Vertrauen in die Demokratie zu stärken?

Mit der Sommeruniversität verfolgt die Friedrich-Ebert-Stiftung das Ziel, die Vernetzung und den Austausch von jungen Nachwuchskräften mit jüngeren politisch Engagierten und politischen Entscheidungsträger_innen zu ermöglichen, ein vertieftes Verständnis für aktuelle Herausforderungen und die Programmatik der Sozialen Demokratie zu vermitteln sowie eine wachsende wissenschaftliche Fundierung politischer Positionen der Sozialen Demokratie zu fördern.



„Deutschland, Europa und die offene Gesellschaft“



Auftaktrede der 15. Sommeruniversität von Olaf Scholz, erster Bürgermeister der Freien Hansestadt Hamburg in Auszügen.

Unverkennbar ist die EU gegenwärtig in einer komplizierten Situation. Die Schuldenkrise der südeuropäischen Länder – und nicht nur dieser – ist ein Symptom für eine durchaus krisenhafte Lage. [...] Rechte populistische und europaskeptische Parteien haben Wahlerfolge.

Wir sollten uns weiterhin offensiv zum EU-Integrationsprozess bekennen [...]. Für die Politik in Deutschland und in allen Mitgliedsstaaten heißt das im Übrigen auch, dass wir aufhören müssen, zuerst darüber nachzudenken, was etwas für uns in Deutschland bedeutet, bevor wir darüber nachdenken, was es für Europa bedeutet. Es gibt keine gute Politik, keine gute europäische Politik, die ihre Ausgangsgedanken in der Politik des einzelnen Nationalstaates findet.

Alle Fragen, die in der EU gegenwärtig diskutiert werden, lassen sich nur aus der Perspektive Europas richtig beantworten. Natürlich dürfen wir prüfen: Welche Konsequenzen hat das für uns? Aber es gibt keine Lösung aus der Perspektive eines einzelnen Landes. Es wird immer nur eine Lösung geben, die aus der Perspektive von allen richtig wäre. [...]

Die Bürgerinnen und Bürger der EU hält noch etwas anderes zusammen: im Sinne Poppers eine offene Gesellschaft. [...] Popper kennzeichnet die offene Gesellschaft aus der Perspektive der Bürger: Es geht um ihre Freiheit, die Grundrechte, rechtsförmige Verfahren und einen politischen Raum, in dem prinzipiell klar ist, dass alle Institutionen das Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse sind. [...]

Zu den „Best of Popper“ gehört sein Credo der offenen Zukunft [...]. Es ist die Forderung, sich für die Zukunft verantwortlich zu fühlen und nicht zu glauben, dass es irgendeine historische oder utopische Notwendigkeit gibt, die alles regelt. Es ist zugleich auch die Anforderung, die Einflussnahme nicht einzuschränken, sondern zu ermöglichen. Weder wirtschaftliche noch politische Prozesse dürfen eine Dynamik bekommen, in der sie sich einer demokratischen Kontrolle entziehen. [...]

In einer Welt, in der die relative Bedeutung Europas (und der USA) inzwischen abnimmt und westliche Demokratievorstellungen in manchen Regionen einen schweren Stand haben, ist es wichtig, dass wir Europa und damit diese Ideen und Institutionen, ja insgesamt das Konzept der offenen Gesellschaft stärken. [...]

Zur Idee der offenen Gesellschaft gehört natürlich auch, dass es keine unüberwindbaren Grenzen für diejenigen geben darf, die nach Europa streben. Das gilt für eine geordnete Arbeitsmigration und es gilt – wiederum anders – für die Aufnahme von Flüchtlingen. [...]

Wir wissen um die Boote mit Flüchtlingen auf dem Mittelmeer und wir haben kein einfaches „entweder oder“ zur Auswahl, sondern Europa muss zugleich das Leben der Flüchtlinge retten und seine Grenzen sichern. Keine leichte Herausforderung oder sagen wir es gleich wie es ist: eine derzeit nicht wirklich lösbare, perspektivisch hoffentlich doch, aber in jedem Fall eine, die Europa nicht mehr im nationalstaatlichen Kontext lösen kann, sondern nur mit einer gemeinsamen Strategie der EU.

Die gilt es zu finden und es gilt sie auch durchzusetzen. Auch wenn jedes Land letztlich eigene Entscheidungsräume in der Frage der Arbeitsmigration haben muss, so ist eine gemeinsame Solidarität beim Aufnehmen von Flüchtlingen kein „nice to have“, sondern es ist nicht anders als in der gemeinsamen Finanzpolitik und bei gemeinsamen Sozialstandards „make or break“ für Europa. [...]

Aber die EU und in diesem Rahmen Deutschland sind herausgefordert: durch Konflikte im Nahen Osten, in Afrika oder aktuell auch in der Ukraine. Diese Herausforderungen werden weder Europa noch Deutschland weiterhin alleine den USA zur Bewältigung lassen können. [...]

Gesamte Rede unter: <http://www.olafscholz.hamburg/main/pages/index/p/5/2667>

Drei Fragen an Ibrahim Marazka



Warum bist du hier?

Die Sommeruni ist eine tolle Gelegenheit, den deutschen Diskurs über die EU und die Welt sehr schnell, knapp und intensiv zu diskutieren und zu analysieren. Ich möchte auch meine eigene Perspektive einbringen. Als jemand, der in den USA lebt.

Vor welchem Stresstest steht dein Heimatland gerade?

Der Stresstest in den USA sind in erster Linie die Themen der Überwachung der NSA und der Sicherheitshysterie hinsichtlich persönlicher, öffentlicher und internationaler Sicherheit. Das ist die größte Gefahr.

Was tust du für eine offene Gesellschaft?

In meiner Dissertation arbeite ich an der Frage, wie in einer Gesellschaft Freiheit möglich ist, in der Überwachung zur Norm geworden ist. Für mich ist akademische und intellektuelle Arbeit ein Beitrag zur offenen Gesellschaft. Mehrfach wurde hier Karl Popper genannt, der war Philosoph und hat auch nichts praktisch gemacht! (lacht) Und er hat trotzdem sehr wichtige Dinge beigetragen. Zweitens bin ich kulturpolitisch tätig beim Theater. Theater ist für mich die öffentlichste und politischste Kunstform.

Ibrahim Marazka

Wohnort:

Chicago (USA)

Studiengang:

**Philosophie/Germanistik
(Promotion)**

Alter: 33

Sieben Workshops – Sieben Thesen:



Wenn Deutschland Krisenmanager sein will, muss es seine Kapazitäten stärken – zivile und militärische. → Dr. Nicole Renvert
»Die Welt aus den Fugen und die Rolle Deutschlands als Krisenmanager«

Die Grundsätze der SPD zu Europa sind weit entfernt von der Realpolitik.
→ Prof. Dr. Björn Hacker
»Das Primat der Politik: Ein soziales und demokratisches Europa gestalten«

Bei Protesten in Europa kommt nicht automatisch emanzipatives Potenzial zum Ausdruck. Es droht die Gefahr anti-emanzipativer Protestbewegungen, und, dass Europa zur leeren Formel wird.
→ Alexander Häusler
»Protest, Populismus, Politikalternative? – Die offene Gesellschaft als Feindbild«

Digitalisierung muss demokratisch gestaltet werden. → Birte Huizing
»Das digitale Zeitalter demokratisch gestalten«



Politische Rahmenbedingungen sind notwendig, um in einer offenen Gesellschaft die Interessen aller Akteur_innen steuern und vereinen zu können. → Daniela Kaya
»Einwanderung und Vielfalt: Die offene Gesellschaft auf dem Prüfstand«

Freihandel ist weitgehend durchgesetzt. Jetzt müssen wir schauen, wie wir den Welthandel gerecht gestalten. Dabei müssen Fehler der Vergangenheit angegangen und in neuen Abkommen vermieden werden. → Florian Moritz
»TTIP – Globalisierung neu denken und sozial gestalten«



Die wachsende soziale Ungleichheit untergräbt gleiche politische Teilhabechancen, nährt Statusängste und Ausgrenzungserscheinungen und verursacht wirtschaftliche Instabilität. Sie ist damit in dreierlei Hinsicht eine Gefahr für die Demokratie. → Julian Bank
»Soziale Ungleichheit und der Schaden für die Demokratie«

Drei Fragen an Pham Huong Giang



Warum bist du hier?

Ich finde es sehr spannend hier zu sein, um auch die inländischen Diskussionen in Deutschland und in Europa mitzuverfolgen. Und ich habe die Chance, hier aktiv mitzudiskutieren.

Vor welchem Stresstest steht dein Heimatland gerade?

Heimatland ist bei mir problematisch. Ich beziehe mich mal auf meinen Wohnort Singapur. Das betrifft vor allem die Frage nach einer offenen Gesellschaft. Singapur wird seit langer Zeit von einer sehr starken Partei regiert. Es drängt sich die Frage auf, wie die Regierung rechtfertigen kann, dass sie gewisse Freiheiten einfach einschränkt.

Was tust du für eine offene Gesellschaft?

Indem ich persönlich ein offener Mensch bin. Und indem ich versuche, zuzuhören und auf andere Menschen zuzugehen. Aber auch, weil ich meine eigene Meinung sage und nicht mit allem konform gehe. Dadurch, dass ich bei der FES arbeite, leiste ich auch einen Beitrag zu einer gerechteren und offeneren Gesellschaft.

Pham Huong Giang

Wohnort:

Singapur

Beruf:

**Mitarbeiterin im Büro
der Friedrich-Ebert-Stiftung
in Singapur**

Alter: 34

„Europa – Perspektiven für die Soziale Demokratie“

Im Rahmen der Sommeruniversität diskutierte der Leiter des Brüsseler FES-Büros Dr. Uwe Optenhögel mit der ehemaligen Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, dem Stiftungsvorsitzenden Kurt Beck, der Juso-Vorsitzenden Johanna Uekermann und dem Journalisten Dr. Werner A. Perger unter dem Titel „Europa vor der Zerreißprobe? Perspektiven für die soziale Demokratie“. Ein Protokoll in Auszügen.

Uekermann: Seit 2002 hat sich unser Europa-Bild drastisch verändert. Wir sehen Europa mittlerweile als Selbstverständlichkeit. Der Glaube an die Errungenschaften wird durch die Krise von Angst und Ablehnung abgelöst.

Perger: Ich bin 1970 nach Deutschland gekommen. Das war damals ein goldenes Zeitalter der Sozialdemokratie in Europa. Kreisky, Brandt und Palme haben die Landschaft gerockt. Sie waren ein Vorbild für die kulturelle Hegemonie der Sozialdemokratie im sozialen Europa. Diese kulturelle Hegemonie muss zurückgeholt werden. Das kulturelle Befinden ist zwar nicht wahlentscheidend, aber wichtig für den historischen Meinungsbildungsprozess. Eine Bagatelisierung Europas dürfen wir nicht zulassen.

Optenhögel: Heute sind die Problemfelder der EU so zahlreich, dass eines reicht, um die Kapazitäten der Union auszuschöpfen. Wir sollten vor lauter Griechenland nicht vergessen, was langfristig strukturbindend ist. Wir sollten Prioritäten setzen und sozialdemokratische Beiträge dazu leisten.

Beck: Die europäische Gemeinschaft muss sich hinsichtlich des Auslaufens der Sanktionen gegen Russland im Januar 2016 klar positionieren. Wir müssen klar einfordern, dass die Verträge von Minsk eingehalten werden. Das bedeutet Entwaffnung, Regionalisierung der Ukraine statt hegemonialer Grenzbildung, langfristig die Entwicklung von Berechenbarkeit und Vertrauen. In der EU-Nachbarschaftspolitik wird eine furchtbare Politik mit verschönerten Worten betrieben. Die muss durch Menschlichkeit abgelöst werden. Auch die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit in Europa ist eine elementare Zukunftsaussage.

Wieczorek-Zeul: Im Nahostbereich ändert sich das, was in den 1960er-Jahren zwischen Frankreich und Großbritannien am Lineal vereinbart wurde. In manchen Situationen muss militärisch gehandelt werden. Der UN-Sicher-



Heidemarie Wieczorek-Zeul:
**»EU und UN müssen zur Einhaltung
 der völkerrechtlichen Regelungen
 beitragen, damit sich keine autoritären
 Lösungen durchsetzen können«**

heitsrat darf nicht blockiert werden. EU und UN müssen zur Einhaltung der völkerrechtlichen Regelungen beitragen, damit sich keine autoritären Lösungen durchsetzen können.

Militärausgaben müssen noch stärker evaluiert werden. In der Entwicklungspolitik ist das schon der Fall. Sie leistet wertvolle Arbeit. Zum Beispiel konnten durch den globalen Fonds zur Bekämpfung von Tuberkulose, Aids und Malaria sieben Millionen Menschenleben gerettet werden. Solche Initiativen müssen fortgesetzt werden, damit sich die arbeitende Bevölkerung – vor allem in Afrika – nicht selbst auslöscht.

Optenhögel: Als Fazit können wir also die Stärkung des Multilateralismus und die Einbeziehung Russlands sehen.

Uekermann: Wir müssen die Krise lösen, und zwar erstens die soziale, zweitens die humanitäre und drittens die demokratische Krise. Wir müssen die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen und junge Leute aus ihrer Perspektivlosigkeit holen, sie wieder von der Idee von Europa begeistern. Die Schere zwischen Arm und Reich darf nicht größer werden. Dafür brauchen wir die Finanztransaktionssteuer und eine Vermögensabgabe. Wir brauchen endlich eine Flüchtlingspolitik, die den Namen auch verdient. Zudem müssen legale Zuwanderungsmöglichkeiten geschaffen werden. Die Abgeordneten der EU brauchen mehr Entscheidungsfreiraum. Die Troika soll abgeschafft werden. Wir brauchen mehr Mut und radikale Reformen als Antworten statt kleiner Krisenlösungen.

Perger: Wir müssen uns fragen: Haben wir genug legale Zuwanderungsmöglichkeiten und wie sieht es mit der Verteilung von Flüchtlingen aus? Wir müssen die Menschen auch in ihren eigenen Ländern unterbringen und mit Arbeitsplätzen versorgen. Auf EU-Ebene muss da mehr experimentiert werden. Die Abschaffung der Troika ist zwar ein nice try, bringt uns aber nicht weiter. Man braucht eine aktive Beteiligung der Gesellschaft. Wie in Griechenland. Das muss sich in ganz Europa ausbreiten, weil sie sehr pro-

duktiv sein kann. Die Langeweile in manchen EU-Ländern ist mit der Bedrohung des Zuwachses von rechten Parteien verbunden. Deswegen müssen wir mit den Bürgerinnen und Bürgern in die Diskussion gehen.

Die EU als internationaler Krisenmanager?

Publikum: *Nehmen Sie afrikanische Führer eigentlich ernst und wieso arbeiten Sie mit Diktatoren zusammen?*

Wieczorek-Zeul: Afrika wird allmählich zum wichtigsten Partner Europas. Die Hauptkonflikte bestehen in den Widersprüchen zwischen Handels- und Agrarpolitik auf der einen und Entwicklungspolitik auf der anderen Seite. Die Zusammenarbeit mit der Gesellschaft und Parlamentarier_innen sowie Frauenrechtsorganisationen ist wichtig, damit die Frauen frei über ihre Sexualität entscheiden können.

Publikum: *Wie kann man Sicherheit in Ostafrika herstellen?*

Wieczorek-Zeul: Wichtig ist eine deutsche Umorientierung. In den Friedensmissionen sind circa 200 deutsche und 50 US-Soldat_innen beteiligt. Man muss diese Kräfte deutlich stärken.

Kurt Beck:

**»Wir müssen die innere Akzeptanz in
 Deutschland und Europa bedenken,
 wenn wir Politik machen.«**

Beck: Wir müssen die innere Akzeptanz in Deutschland und Europa mit bedenken, wenn wir Politik machen. Für eine glaubwürdige Zusammenarbeit mit diktatorischen Regimen dürfen wir sie nicht akzeptieren, aber beachten. Wichtig ist es, Spielräume zu nutzen, um einen offenen Dialog zu führen und mehr zu lernen.

Publikum: *Inwieweit wurden die Konsequenzen bedacht, bevor das Instrument »Östliche Partnerschaft« initiiert wurde? Wie sieht die Zukunft aus?*

Werner A. Perger:
»Die SPD sollte an ihre Wurzeln
und an ihre Basis denken und dorthin
zurückgehen.«

Beck: Die Korruptionsbekämpfung ist in Osteuropa eher zu spüren als in Westeuropa. Wichtig ist das etwa in Spanien, wo Korruption im klassischen Sinne betrieben wurde und dennoch aufgeräumt wird, was in Osteuropa länger dauern würde.

Optenhögel: Das liegt insbesondere an der Art der Transformation, in der osteuropäische Machteliten die Gunst der Stunde ergriffen und sehr schnell Kapital akkumulieren konnten. Dies soll nicht nur auf dem Papier ins Visier genommen, sondern auch in die Tat umgesetzt werden.

Steckt Europa in einer Vertrauenskrise?

Publikum: Oftmals fehlt das Verständnis über die Komplexität der EU. Wurde es in den letzten 60 Jahren vernachlässigt bzw. versäumt, die Bürger_innen auch europäisch zu bilden?

Beck: Es wurde nicht ausreichend die außerschulische EU-Bildung verankert. Der Frieden ist nicht selbstverständlich. Deshalb muss man den Menschen Chancen zur Orientierung geben, sowohl in der Schule als auch außerhalb.

Uekermann: Die EU sollte Bildung in einem größeren europäischen Kontext betreiben. In der Diskussion um Asyl und Migration müssen wir auch die Stimmung vor Ort einbeziehen und hinterfragen, warum es diese Reaktionen gibt. Als Sozialdemokrat_innen müssen wir uns auch fragen, warum diese Ängste überhaupt entstanden sind.

Publikum: Wie beurteilen Sie die Rolle der SPD in der Griechenlandkrise?

Uekermann: Die SPD sollte diejenige Partei sein, die die Sozialdemokraten in Europa vereint. Eine langfristige Lösung kann die Befreiung durch Umschuldungen sein.

Johanna Uekermann:
»Die SPD sollte diejenige Partei sein,
die die Sozialdemokraten in Europa
vereint.«

Perger: Die SPD heute ist nicht die aus den 1970er Jahren, als sie gesamtgesellschaftliche Fragen intensiv diskutiert hat und wo alles ausgetragen wurde. Die SPD sollte an ihre Wurzeln und an ihre Basis denken und dorthin zurückgehen.

Optenhögel: Die SPD und die anderen Sozialdemokraten müssen ein Gesamtkonzept zur nachhaltigen Demokratie in Europa als Gegenmodell zum Neoliberalismus, der nachweislich gescheitert ist, entwickeln.



Drei Fragen an George Williams Ntambaazi



Warum bist du hier?

Hier zu sein, bedeutet, die wichtigen Themen mit engagierten jungen Leuten zu diskutieren. Es ist eine Chance, auch Afrika aus der europäischen Perspektive zu sehen.

Vor welchem Stresstest steht dein Heimatland gerade?

Wenn du Uganda von hier aus betrachtest, schaust du nicht auf die kleinen, internen Probleme, sondern auf die globalen und regionalen Zusammenhänge wie Islamisierung und Terrorismus. Auch in Uganda gab es mehrere Bombenanschläge. Deshalb ist Sicherheit ein wichtiges Thema. Freiheit, soziale Gerechtigkeit und fehlender Zugang zu Ressourcen sind vielleicht der Grund für die Probleme. Und auch die Politik bei uns ist ein Problem. Sie wird von Eliten geführt und es gibt keine ausreichende soziale Sicherheit. Und das sind auch Themen für Europa. Vielleicht unterscheiden sich unsere Probleme ein wenig von den europäischen, aber gleichzeitig sind sie sehr ähnlich.

Was tust du für eine offene Gesellschaft?

Das Wichtigste ist: Ich bin selbst ein Demokrat. Ich schätze die demokratischen Ideen. Und ich habe bei der FES die Möglichkeit, diese Ideen an junge Menschen weiterzugeben. Ich sehe das als Chance, einen kleinen Teil zu der Entwicklung meines Landes und der Region beizutragen.

George Williams Ntambaazi

Wohnort:

Kampala (Uganda)

Beruf:

**Mitarbeiter im Büro der
Friedrich-Ebert-Stiftung
in Uganda**

Alter: 33

„Wir brauchen Vielfalt und nicht Einfach“

Interview mit Dr. Ralf Stegner, stellvertretender SPD-Vorsitzender

Du kommst gerade von der Sommeruniversität der Friedrich-Ebert-Stiftung, wie war's?

Stegner: Ich fand das klasse. Wir haben diskutiert über eine offene Gesellschaft in Deutschland, was dafür nötig ist, was man tun kann, um zum Beispiel Intoleranz gegenüber Flüchtlingen zu begegnen. Das war eine muntere Diskussion, die mir großen Spaß gemacht hat.

Was bedeutet eine offene Gesellschaft für Dich?

Stegner: Das bedeutet vor allen Dingen, dass der Artikel Eins unseres Grundgesetzes – Die Würde des Menschen ist unantastbar – nicht heißt: Die Würde des deutschen Normalbürgers ist unantastbar, sondern die Würde jedes Menschen ist unantastbar. Das bedeutet, dass man sich auch dafür einsetzen muss, dass Menschen die gleichen Chancen haben, egal, wo sie herkommen. Dass wir keine Form der Diskriminierung bei uns dulden. Nicht wegen der Religion, nicht wegen nationaler Herkunft, nicht wegen eines Handicaps, nicht wegen einer sexuellen Orientierung. Eigentlich aus überhaupt keinem Grund. Also kurz: die Einsicht, dass wir Vielfalt brauchen und nicht Einfach, aber Vielfalt haben wir zu wenig und Einfach zu viel.

Die Vision einer offenen Gesellschaft hast Du skizziert, wie lässt sich diese durchsetzen?

Stegner: Das beginnt damit, dass wir gute Bildungschancen brauchen, und zwar von Kind an. Kinder haben keine Vorurteile, Erwachsene schon. Bei Kindern kann man dafür sorgen, dass sie gar nicht erst entstehen, bei Erwachsenen ist es schwer, sie abzubauen. Das erleben wir ja bei den Pegidioten und anderen Leuten, die man auf den Straßen sehen kann. Deswegen brauchen wir gerechte Bildungschancen, gerechte Teilhabe – echte Teilhabe – Mitwirkungsmöglichkeiten für alle. Das ist der Kern, den wir durchsetzen müssen und das entspricht den Grundwerten der Sozialdemokratie.

Wir erleben im Moment die Beschlüsse zur Vorratsdatenspeicherung, TTIP, die Griechenlandpolitik. Sind das schlechte Zeiten für die SPD-Linke?

Stegner: Nein, das würde ich nicht sagen. Wir haben nur 25 Prozent bei der Bundestagswahl erreicht. Dafür prägen wir die Bundesregierung ganz schön. Wir haben den Mindestlohn. Wir setzen die Quote durch. Wir haben eine Mietpreisbremse. Wir sorgen dafür, dass es eine Energiewende gibt. Wir haben gute Beschlüsse, was gleichen Lohn für gleiche Arbeit angeht. Und vieles mehr. Es gibt ein paar Punkte, bei denen wir uns nicht durchsetzen. Deswegen müssen wir dafür kämpfen, dass wir bessere Ergebnisse haben.



Um TTIP zu nennen, da hat der Parteikonvent der SPD klare Beschlüsse gefasst, unter welchen Bedingungen wir das nur machen können: Beispielsweise dürfen die Standards nicht sinken, die Parlamente müssen beteiligt werden, die weiteren Verhandlungen müssen offen und transparent und nicht geheim geführt werden. Darüber hinaus dürfen sich Schiedsgerichte nicht über Parlamente und Gerichte hinwegsetzen können. Diese Punkte müssen eingehalten werden. Sonst darf die SPD nicht mitmachen.

Bei der Datenspeicherung gab es sicherlich unterschiedliche Meinungen und am Ende haben wir einen Kompromiss mit knapper Mehrheit. Das Verfahren war nicht so toll. Da müssen wir immer Sicherheit auf der einen, aber auch Bürgerrechte auf der anderen Seite in Einklang bringen. Je stärker der Eingriff in die Bürgerrechte ist, desto höher muss die Hürde sein.

Was Griechenland angeht, ist ganz wichtig, dass wir deutlich machen, die Solidarität gilt der griechischen Bevölkerung, nicht der griechischen Politik. Die griechische Politik war über viele Jahre korrupt und nicht gut für das Land. Die Sparpolitik war es auch nicht. Wir brauchen Wachstumsperspektiven in Europa. Wir müssen was tun gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Deutschland, das nach dem Zweiten Weltkrieg selbst einen Schuldenschnitt und den Marshallplan bekommen hat, obwohl wir den Krieg angezettelt haben, muss immer ganz besonders behutsam sein, was die Kritik an anderen Völkern angeht. Insofern sollten wir den Griechen helfen, aber der griechischen Regierung gilt nicht unsere Solidarität. Das ist ein Bündnis von Linksradikalen und Rechtspopulisten. Wir würden es in Deutschland auch nicht gut finden, wenn die Linkspartei und die AfD zusammengingen.

Sie haben von Geschichtsvergessenheit bei einigen Deutschen gesprochen und die Austeritätspolitik der Merkel-Regierung kritisiert. Ist es Zeit, dass sich die SPD an Syriza annähert?

Stegner: Nein. Ich glaube, Syriza ist nicht der Punkt. Ich verstehe nicht, warum eine linke Regierung in Griechenland die Reichen nicht besteuert. Ich verstehe nicht, warum eine linke Regierung nicht das Militärbudget einschränkt. Das wären deutlich wichtigere Maßnahmen. Ich verstehe aber auch nicht, wenn in Europa gesagt wird, wir seien nur eine Fiskalunion und es ginge nur um Währungsfragen. Es geht auch um Wertefragen. Wir dulden, dass in Ungarn die Pressefreiheit fast abgeschafft wird. Wir dulden, dass die Briten raus wollen. Wir haben Naziparteien in den Parlamenten. Wir haben eine Flüchtlingspolitik, die eine humanitäre Katastrophe ist in Europa, weil wir nicht zusammenhalten.

Nicht Syriza, sondern die griechische Bevölkerung ist der Maßstab für uns. Es kann nicht sein, dass die Kinder, die Rentner, die armen Menschen die Zeche bezahlen müssen. Reformen heißt für mich nicht, etwas, was die Bedingungen der Menschen verschlechtert, sondern wo die mit den höchsten Einkommen herangezogen werden und die Banken. Das muss die Lösung sein und nicht Reformpolitik à la Merkel. Wenn wir es nicht schaffen, die Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu beseitigen oder deutlich zu reduzieren, wird sich die junge Generation gegen die Demokratie stellen. Dann wird sie sagen: „Bleibt uns doch gestohlen mit eurer Demokratie, wenn ihr uns nicht brauchen könnt.“ Das ist gefährlich. Das ist falsch. Und deswegen müssen wir was dagegen tun.

Dr. Ralf Stegner ist stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD und Fraktions- und Landesvorsitzender der schleswig-holsteinischen SPD. Stegner war Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung von 1983 bis 1987.

Stimmen der Teilnehmer_innen



»Mein Highlight war das Thema »Parteien in der Krise«, weil ich für die sozialdemokratische Partei der Mongolei arbeite. Ich finde, das Thema ist weltweit sehr aktuell. Die Parteien haben vergessen, was ihre Aufgabe ist und sich vom Volk irgendwie entfernt.«

→ Ariunzaya Ayush (34) aus der Mongolei



»Mich hat erstaunt, dass die Meinungen innerhalb der SPD viel breiter sind, als ich gedacht hätte. Trotzdem schafft man es, dass alle zusammen kommen.«

→ Carla Sepúlveda (26) aus Santiago de Chile



»Es hat mich überrascht, wie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für eine andere Sozialpolitik in Griechenland eintreten. Ganz anders als in der deutschen Medienlandschaft. Ich fände es aber schön, wenn man mehr Zeit für die Workshops einplanen würde.«

→ Eleni Ntokalou (24) aus Neckarsulm

Drei Fragen an Sophie Kauffeld



Warum bist du hier?

Das Konzept und die Gäste, zum Beispiel Thorsten Schäfer-Gümbel, für den ich im Wahlkampf gearbeitet habe, haben mich sehr interessiert und geben mir Impulse für meine politische Arbeit.

Vor welchem Stresstest steht dein Heimatland gerade?

Ich habe die doppelte Staatsbürgerschaft aus Deutschland und Frankreich. Die Länder haben viele Gemeinsamkeiten. Ich sehe eine sehr große Gefahr von rechts: in Paris durch Le Pen, in Deutschland durch die AfD. Es werden starke Ressentiments konstruiert. Europa entfernt sich dadurch weiter von der offenen Gesellschaft.

Was tust du für eine offene Gesellschaft?

Politisch versuche ich durch die Jusos und die SPD für meine Überzeugungen und Ideale zu kämpfen. Darüber hinaus habe ich eine Lernpatenschaft für ein neunjähriges Kind aus Ghana übernommen. Das gehört für mich zur Willkommenskultur ebenso dazu wie die Dialogbereitschaft, um Stereotype abzubauen.

Sophie Kauffeld

Wohnort:

Münster (Deutschland)

Studiengang:

**Politikwissenschaft
und Soziologie**

Alter: 22

Im O-Ton:

Prof. Dr. Dr. h. c. Gesine Schwan ist Präsidentin der HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform, Berlin. Sie ist Vorsitzende der Grundwertekommission der SPD und studierte Politikwissenschaften, Romanistik, Geschichte und Philosophie. Von 1977 bis 1999 war sie Professorin an der Freien Universität Berlin.



Gesine Schwan: »Man hat nicht erkannt, dass es sehr viele nachdenkende Menschen gibt, die zum Schluss gekommen sind, dass die seit fünf Jahren praktizierte Austeritätspolitik nicht geholfen, sondern die Schulden erhöht und die Menschen in die Misere getrieben hat. Es gibt praktisch kein Wachstum in Griechenland und keine Produktionssteigerung. Es ist im Grunde die Beschlusslage der SPD, dass die Austeritätspolitik nicht zu ihrem Ziel führt. Statt Austerität muss Wachstum initiiert werden. Das kommt durch neue, nachhaltige Investitionen und Arbeitsplätze. Das ist es, was die Griechen wollen.«

Thorsten Schäfer-Gümbel ist stellvertretender SPD-Parteivorsitzender und hessischer Fraktions- und Landesvorsitzender. Seit 2003 ist er Mitglied des hessischen Landtags und war Spitzenkandidat bei den Wahlen 2009 und 2013. Schäfer-Gümbel studierte Agrar- und Politikwissenschaften in Gießen.



Thorsten Schäfer-Gümbel: »Die SPD ist die linke Volkspartei. Die Frage nach sozialer Gerechtigkeit ist unsere Frage. Wenn wir sie nicht beantworten können, wer dann? Wir sind die linke Kraft, die dazu bereit ist, dieses Land zu gestalten. Unser Anspruch war, ist und wird für alle Zeit bleiben, dass Menschen, die hier leben, arbeiten, ihre Steuern zahlen, auch ihre Staatsbürgerschaft bekommen. Das ist ihr gutes Recht. Unser Hauptproblem ist leider, dass wir die richtigen Antworten und geballte Kompetenz, aber nicht die politischen Mehrheiten haben.«

Im O-Ton:



Frank Decker: »Die Parteien müssen sich reformieren. Daran führt kein Weg vorbei. Sie müssen sich in Richtung der Gesellschaft öffnen und sich mit anderen Formen der zivilgesellschaftlichen Beteiligung vernetzen. Das alte Modell der Mitgliederpartei ist in dieser Form nicht mehr haltbar. Gerade in der SPD stößt das auf große Vorbehalte. Deshalb muss man erst die Partizipationsmöglichkeiten für die bisherigen Mitglieder verbessern. Es müssen neue Beteiligungsmöglichkeiten im Sinne direkter Demokratie mit verbindlichem Charakter auf staatlicher Ebene eingeführt werden.«

Prof. Dr. Frank Decker ist seit 2012 wissenschaftlicher Leiter der „Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik“. Seit 2001 ist er Professor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn. Seine Schwerpunkte sind westliche Regierungssysteme, Parteien, Rechtspopulismus im internationalen Vergleich, Föderalismus und Demokratiereform



Yasmin Fahimi:
»Wir müssen den Leuten klar machen: Die Zukunft liegt noch immer in unserer eigenen Hand. Sie wird nicht auf irgendwelchen globalen Märkten entschieden. Sie wird nicht durch irgendwelche heimlichen, oberen Klassen im Hinterzimmer geklärt, sondern die Zukunft liegt immer noch in unserer eigenen Hand.«

Yasmin Fahimi ist seit Januar 2014 Generalsekretärin der SPD. Zuvor war sie Leiterin der Abteilung „Grundsatz/Organisationsentwicklung“ der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE). Seit 1986 ist sie Mitglied der Partei. Fahimi hat Chemie an der Universität Hannover studiert.

„Es kommt auf Europa an“

Interview mit Dr. Christian Krell, Leiter der Akademie für Soziale Demokratie

Die 15. Sommeruniversität der Friedrich-Ebert-Stiftung ist vorbei. Was nimmst Du für Deine Arbeit als Leiter der Akademie für Soziale Demokratie mit?

Krell: Überzeugt hat mich vor allem das Statement des Ersten Bürgermeisters der Freien Hansestadt Hamburg, Olaf Scholz, dass sämtliche Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden müssen. Ein Denken und Handeln auf nationalstaatlicher Ebene ist überholt. Das ist ein klares Statement von jemandem, der in direkter Regierungsverantwortung steht und das wird auch unsere Arbeit noch stärker prägen.

Wenn Du eine Grundthese der Woche in Potsdam formulieren müsstest. Wie sähe die aus?

Krell: Es kommt auf Europa an – diese Erkenntnis ist nicht neu, aber aktueller denn je. Wenn wir unserer Vorstellung einer guten Gesellschaft auch in einer globalisierten Welt Bedeutung verschaffen wollen, geht das nur mit und in einem starken und demokratischen Europa. Deswegen hat uns die Europafrage ständig bewegt.

Was wünschst Du Dir fürs kommende Jahr?

Krell: Ich wünsche mir für das nächste Jahr noch mehr Vertreter_innen von Gewerkschaften und anderen NGOs. Wir wollen außerdem noch stärker auf interaktive Formate setzen. Da sind wir von Jahr zu Jahr immer besser geworden. Was ich toll fand, war die Internationalität in diesem Jahr. Nicht nur im Miteinander der Teilnehmenden – über 20 Nationen waren vertreten – sondern auch für die Diskussionen. Es hat einen riesigen Mehrwert, wenn klar wird, dass die Grundfragen, mit denen die Soziale Demokratie konfrontiert ist, nicht nur national, sondern auch auf internationaler Ebene diskutiert werden und dass wir gemeinsam nach Lösungen suchen.

Dr. Christian Krell leitet die Akademie für Soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung und besitzt einen Lehrauftrag an der Universität Bonn. Er studierte Politikwissenschaft, Geschichte, Wirtschaftswissenschaften und Soziologie in Siegen und York. 2007 promovierte Krell in Politikwissenschaft. Zudem ist er Mitglied der Grundwertekommission der SPD.





Herausgeber:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Politische Akademie
Akademie für Soziale Demokratie
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Telefon: 0228 883 7104
Fax: 0228 883 9223

Redaktion:

Thomas Hartmann
Jonas Jordan
Dr. Christian Krell

Fotos:

Janine Gaumer
Béla Stetzer

Umschlag:

Béla Stetzer Büro für Kommunikationsdesign

Inhalt:

Pellens Kommunikationsdesign GmbH

Druck:

Brandt GmbH – Druck und Medien, Bonn

© Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Texte dieser Veröffentlichung basieren auf dem Mitschnitt der Veranstaltung, können aber nicht als Namensbeiträge zitiert werden. Geäußerte Meinungen müssen nicht in allen Teilen der Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung entsprechen.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung, durch die FES nicht gestattet.

Was macht eine Gute Gesellschaft aus? Wir verstehen darunter soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, eine innovative und erfolgreiche Wirtschaft und eine Demokratie, an der die Bürgerinnen und Bürger aktiv mitwirken. Diese Gesellschaft wird getragen von den Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir brauchen neue Ideen und Konzepte, um die Gute Gesellschaft nicht zur Utopie werden zu lassen. Deswegen entwickelt die Friedrich-Ebert-Stiftung konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik der kommenden Jahre. Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- Debatte um Grundwerte:
Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität;
- Demokratie und demokratische Teilhabe;
- Neues Wachstum und gestaltende
Wirtschafts- und Finanzpolitik;
- Gute Arbeit und sozialer Fortschritt.

Eine Gute Gesellschaft entsteht nicht von selbst, sie muss kontinuierlich unter Mitwirkung von uns allen gestaltet werden. Für dieses Projekt nutzt die Friedrich-Ebert-Stiftung ihr weltweites Netzwerk, um die deutsche, europäische und internationale Perspektive miteinander zu verbinden. In zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen in den Jahren 2015 bis 2017 wird sich die Stiftung dem Thema kontinuierlich widmen, um die Gute Gesellschaft zukunftsfähig zu machen.

Weitere Informationen zum Projekt
erhalten Sie hier:

www.fes-2017plus.de